

Übergabe von Petitions-Briefen gegen Diesel-Bschiß

Über 7'000 Menschen fordern Bundespräsidentin Leuthard auf, im Diesel-Skandal endlich zu handeln

Bern, 29. August 2017

Über 7'000 Menschen fordern Bundespräsidentin Doris Leuthard in einer Petition auf, endlich zu handeln. Sie verlangen: Ab sofort dürfen die Behörden nur noch neue Diesel-Autos zulassen, welche die strengere Abgasnorm Euro 6 d Temp einhalten. Der Verkehrsclub der Schweiz (VCS), die Fédération Romands des Consommateurs (FRC) und die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) haben heute die Petition bei der Bundeskanzlei eingereicht. Sie fordern zudem: Diesel-Autos, die schon herumfahren, müssen sofort technisch nachgerüstet werden.

Die neue Abgasnorm Euro 6 d Temp überprüft die Einhaltung der Schadstoffgrenzwerte in einem Strassentest – und nicht nur wie bis anhin im Labor. Bis jetzt soll die neue Abgasnorm aber nur für neue Modelle gelten, die nach dem 1. September 2017 auf den Markt kommen. Alle anderen, bisher in der Schweiz erhältlichen Diesel-Neuwagen aber müssten die neue Norm erst nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren erfüllen. VCS, Aefu und FRC verlangen, dass diese Übergangsfrist ersatzlos gestrichen wird, Denn: Fabrikneue Diesel-Autos überschreiten aktuell den Stickoxid-Grenzwert im Durchschnitt um das 5-Fache. Einzelne Diesel-Fahrzeuge stossen auf der Strasse sogar 18-mal mehr Stickoxide aus als gemäss Grenzwert erlaubt. Würde die neue Abgasnorm Euro 6 d Temp erst in zwei Jahren gelten, so würden bis zu 250'000 weitere Dieselaautos mit massiv zu hohem Stickoxid-Ausstoss für den Schweizer Strassenverkehr zugelassen. Evi Allemann, VCS-Präsidentin und SP-Nationalrätin, ist damit nicht einverstanden: «Die zweijährige Übergangsfrist bis zur Einführung von Strassentests für alle Neuwagen ist eine Farce. Damit müsste nur ein sehr kleiner Teil der neuen Diesel-Fahrzeuge die neuen

Abgastests bestehen – für alle andern würden wie bis anhin die mangelhaften Tests gelten. Das kann nicht sein.»

«Nachrüsten statt verschrotten»

Die Neuwagen und die unsägliche Übergangsfrist sind die eine Sache. Eine andere sind die Beschiss-Diesels im Verkehr: «Wir fordern nachrüsten statt verschrotten. Die Hardware dieser Autos muss von den Herstellern technisch so ergänzt werden, dass sie auch im Alltagsverkehr die NOx-Grenzwerte einhalten», betont Dr. med. Bettina Wölnerhanssen von den AefU. Sie hält fest: «Rückkaufprämien sind Augenwischerei. Sie sollen den Verkauf von noch mächtigeren Neuwagen fördern, deren Abgaswerte meist auch beschönigt sind. Mit Ökologie hat das nichts zu tun. Es ist höchste Zeit, dass der Bundesrat den Gesundheitsschutz der Bevölkerung über die Interessen der Autoindustrie stellt.»

Sophie Michaud Gigon, Generalsekretärin der Fédération romande des Consommateurs, erwartet, dass die Konsumentinnen und Konsumenten besser geschützt werden: «Die Kundinnen und Kunden werden von der Autoindustrie getäuscht. Unser juristisches System setzt für Konsumentinnen und Konsumenten hohe Hürden, um sich gegen grosse Konzerne wie beispielsweise VW zu wehren. Das ist nicht fair. Deshalb muss die Schweiz für die Konsumenten dafür sorgen, dass diese Autos per sofort nicht mehr importiert werden.»

Weitere Informationen

- Evi Allemann, Präsidentin VCS, 079 560 72 94, evi.allemann@parl.ch
- Bettina Wölnerhanssen, Vorstand Aefu, 077 410 77 17, bettina.woelnerhanssen@gmx.ch
- Sophie Michaud Gigon, Generalsekretärin Fédération Romande des Consommateurs, 077 434 64 08, s.michaudgigon@frc.ch
- Lisa Mazzone, Vize-Präsidentin VCS, 077 404 16 08, lisa.mazzone@parl.ch
- Bruno Storni, Vize-Präsident VCS, 076 399 57 72, storni@bluewin.ch
- Matthias Müller, Leiter Kommunikation und Public Affairs, 079 757 00 91, matthias.mueller@verkehrsclub.ch
- Martin Forter, Geschäftsleiter AefU, info@aefu.ch, 061 691 55 83